

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 17.11.2014
im Berufskolleg am Wasserturm, Herzogstraße 4 in 46399 Bocholt
(Neugebäude am Benölkenplatz)

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Hans-Georg Fischer Ahaus

Mitglieder:

Damian Januschewski	Gescher	Vertretung für Frau Helga Rübenstahl
Michael Boland	Bocholt	
Barbara Büscher	Stadtlohn	Vertretung für Frau Annette Brun
Stefan Hegering	Bocholt	
Iris Jediß	Südlohn	
Anne König	Borken	
Sandra Krüger	Borken	
Paul Lensing	Borken	Vertretung für Herrn Matthias Kamps
Helmut Möllenkotte	Schöpping	
Dominique Niemeyer	Borken	
Josef Osterhues	Ahaus	
Dr. Michael Räckers	Ahaus	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Jens Terbeck	Bocholt	
Marco van den Berg	Bocholt	
Christel Wegmann	Rhede	

beratende Mitglieder:

Josef Brinkhaus	Heiden
Brigitta Franke	Borken
Ulrich Kirchner	Gronau
Matthias Schlettert	Borken
Helmut Seifen	Gronau
Reinhard Wehmschulte	Ahaus

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Elisabeth Büning	
Jürgen Geuting	
Karsten Simmert-Reining	

Es fehlen entschuldigt:

Roger Hartmann

Bocholt

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Anschließend übergibt er das Wort an Herrn Ebbers, dem Leiter des Berufskollegs am Wasserturm Bocholt. Herr Ebbers stellt das Berufskolleg kurz vor und informiert die Anwesenden über den Zwischenstand zum Angebot eines „Internationalen Abiturs“ am Berufskolleg am Wasserturm. Danach werden die Ausschussmitglieder von Herrn Ebbers und der stellvertretenden Schulleiterin, Frau Demming, durch die neuen Räumlichkeiten am Benölkenplatz geführt.

Nach der Führung stellt Vorsitzender Fischer fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Herr Januschewski wird als Vertreter von Frau Rübenstahl vereidigt.

Kreisdirektor Dr. Hörster teilt mit, dass zum Antrag der Fraktion 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2014 – Duale Studienangebote für die EGW und WFG – eine Sitzungsvorlage für die nächste Sitzung des KAKT ausgelegt worden sei (Anlage 1).

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: 2. Controlling-Bericht zum 30.09.2014
Vorlage: 0310/2014**

Auf Nachfrage von Herrn van den Berg teilt Fachbereichsleiterin Büning mit, dass Grund für das Ansteigen der Versicherungsbeiträge nicht die Anzahl der Schüler/innen, sondern die Versicherungsbeiträge selbst seien.

Fachbereichsleiterin Büning teilt mit, dass der Bereich der Schülerfahrkosten in einer internen Arbeitsgruppe unter Einbindung der Kämmerei nach Optimierungsbedarfen analysiert werden solle. Hierbei seien die Strukturen des Schülertransportes sowie die Schnittstelle zum ÖPNV näher zu beleuchten. Ausschussmitglied Lensing beschreibt aus seiner Tätigkeit im Ausschuss Wirtschaft, Verkehr und Bauen, welche Probleme derzeit im Bereich des Schülertransportes bestehen. Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen haben die Verkehrsbetriebe erhebliche Verluste zu verkraften. Steigende Preise seien die Folge. Auf der anderen Seite seien durch die Veränderungen in der Schullandschaft neue Schülerströme entstanden, die durch das bisherige Transportangebot nicht abgedeckt werden. Daher werde zurzeit über neue Linienpakete nachgedacht.

Der Ausschuss für Bildung und Schule nimmt den 2. Controllingbericht 2014 zur Kenntnis.

Punkt 2: Sachstand Inklusion
Vorlage: 0311/2014

Berichtersteller/in: Frau Büning

Frau Büning berichtet über den derzeitigen Sachstand zum Inklusionsplanung Bildung. Der Auftrag bestehe darin, einen Inklusionsplan Bildung in Abstimmung mit allen 17 kreisangehörigen Kommunen auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus berichtet Fachbereichsleiterin Büning über ein Kunstprojekt, die Erlebnisse aus Bildungsbiographien auf Basis von Interviews in Kunst umsetzt. Die Ergebnisse sollen im Diskussionsprozess zur Planerstellung eingebunden werden.

Ausschussmitglied Seifen stellt die Situation in Gronau dar. Er sehe auch, dass die Anzahl der Förderschulkinder zurückgehe. Er halte es – auch für die Förderschulen – für bedenklich, dass sämtliche Kinder mit Förderschulbedarf in Gronau an eine Regelschule wechseln. Herr Seifen würde es begrüßen, wenn seine Anmerkungen im Workshop Berücksichtigung fänden. Für Kreisdirektor Dr. Hörster ist es wichtig, dass gerade die Knackpunkte in diesem Veränderungsprozess im Inklusionsplan Bildung festgehalten werden. Er weist darauf hin, dass im Kreis Borken nicht erst mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz mit dem Thema Inklusion begonnen worden sei.

Herr Hegering erkundigt sich, warum in der Vorlage die Schülerzahlen der Schulen in privater Trägerschaft nicht dargestellt worden seien. Dr. Hörster informiert, dass die Zuständigkeit für die Schulstatistik dieser Schulen nicht beim Kreis Borken liege. Insofern bestehe kein unmittelbarer Zugriff auf diese Zahlen. Frau Büning sichert zu, dass die Zahlen, sobald sie amtlich vorliegen, nachgereicht werden.

Das beratende Mitglied Franke weist darauf hin, dass die Abkürzung für Kinder mit Förderbedarf Geistige Entwicklung mit GG abgekürzt wird. Ferner teilt sie mit, dass in der Vorlage die unter Ziffer 3b aufgezeigter Kinder mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung nicht 96, sondern 128 Schüler/innen betragen. Frau Büning sagt eine Klärung im Rahmen des Protokolls zu. Vom Schulamt für den Kreis Borken wurde die Zahl von 128 Schüler/innen bestätigt – in der Vorlage fehlten die Schüler/innen mit Schwerstbehinderung. Herr van den Berg weist darauf hin, dass in der Sitzungsvorlage von den in Tabelle 3 a) insgesamt 172 ausgewiesenen Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt Schwerstbehinderte offensichtlich 165 Schülerinnen in der Tabelle 3b) als Schüler/innen an öffentlichen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Schwerstbehinderte auszuweisen sind, da sich nach Tabelle 3 c) insgesamt 7 Schüler/innen des Förderschwerpunktes Schwerstbehinderte in öffentlichen allgemeinen Schulen befinden. Nach Rücksprache mit dem Schulamt für den Kreis Borken wurde der Hinweis bestätigt.

Frau Krüger wirft die Frage auf, warum die auf Seite 4 der Vorlage ausgewiesenen 39 Fälle mit I-Kraft nicht weiter aufgeschlüsselt worden seien. Frau Büning teilt mit, dass dies aus Anonymitätsgründen nicht erfolgt sei.

Ausschussmitglied Terbeck verweist auf die auf Seite 2 der Vorlage ausgewiesenen Schülerzahlen zu den Förderschwerpunkten Lernen und äußerte das Interesse, nähere Informationen zu den jeweiligen Neuaufnahmen zu erhalten. Frau Büning sagt zu, dass die Informationen im Rahmen des Protokolls beantwortet werden. Zum Schuljahr 2014/15 haben kreisweit 12 Schüler/innen in der 1. Klasse der Förderschulen Lernen ihre Schulzeit begonnen. Im Übergang von der 4. In die 5. Klasse ist kreisweit von derzeit 132 Schüler/innen (Stand 04.12.2014) mit dem Förderbedarf Lernen und noch 4 offenen AO-SF-Verfahren für 33 Schüler/innen die Förderschule Lernen gewünscht.

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet aufgrund von Presseberichten aus Bocholt über die aktuelle Entwicklung im Bereich der Förderschullandschaft. Er führt aus, dass die 6 Förderschulträgerkommunen sich mit der Bezirksregierung Münster verabredet haben, um sich über alternative Szenarien zum Habeck-Gutachten beraten zu lassen und Empfehlungen einzuholen. Diese Empfehlungen der Bezirksregierung Münster sollen zunächst abgewartet werden. Der Kreisdirektor führt aus, dass eine Kreisträgerschaft nur dann Sinn mache, wenn eine kreisweite Versorgungssituation gewährleistet sei, oder wenn sich aus dem Verfahren durch Übertragungen von Trägerschaften und sukzessive durch die Reduzierung von Standorten eine besondere Logik ergebe.

Auf Anfrage von Herrn Terbeck teilt Dr. Hörster mit, dass bis zum Stichtag 31.07.2015 ein kreisweites Konzept für den Förderschulbereich Lernen abzustimmen sei – ansonsten müssten nach derzeitigem Schülerstand fast alle Schulen auslaufend gestellt werden. Er weist ergänzend darauf hin, dass auslaufend gestellte Förderschulen nicht nur keine neuen Schüler/innen, sondern auch keine Quereinsteiger/innen von Regelschulen aufnehmen dürften.

Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 3: Zwischenbericht zur Umsetzung des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule – Beruf in NRW“
Vorlage: 0312/2014**

Berichterstatter/in: Frau Büning

Frau Büning erläutert die Sitzungsvorlage und informiert über die Fortschreibung des Projektes. Sie ergänzt, dass am 19.11.2014 die Ministerpräsidentin von NRW, Frau Hannelore Kraft die Firma Brüninghoff in Heiden besuchen wird, um sich vor Ort über den Umsetzungsstand des Projektes „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ zu informieren.

Ausschussmitglied van der Berg erkundigt sich über die Tiefe der Evaluation des Landesvorhabens KAOA. Nach Auskunft von Frau Büning wird zurzeit die Evaluation vorbereitet. Über den Umfang und die Tiefe der Evaluation können zurzeit noch keine näheren Angaben gemacht werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Kommunalen Koordinierungsstelle zum aktuellen Stand des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ zur Kenntnis.

**Punkt 4: Bericht zur Berufsorientierungsmesse Ahaus (BOMAH)
Vorlage: 0313/2014**

Berichterstatter/in: Herr Wehmschulte

Anhand einer Powerpoint-Präsentation (Anlage 2) informiert Herr Wehmschulte als Leiter des Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung über die diesjährige Berufsorientierungsmesse Ahaus (BOM AH). Insgesamt zieht er ein positives Fazit. Vor allem das Angebot, die Messe an zwei Tagen besuchen zu können, sei sehr positiv angenommen worden.

Vorsitzender Fischer lobt die Messe als phantastische Veranstaltung. Er hebt die Wichtigkeit hervor, in Zeiten sinkender Schülerzahlen aktiv die Schüler anzusprechen.

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster teilt mit, dass ihm in Gesprächen das erstmalige Vorabendangebot als voller Erfolg gespiegelt worden sei. Er lobt die gute Vorbereitung der Schüler/innen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 5.1: Schulversuch nach § 25 SchulG - Bildungsgang "Berufliches Gymnasium für Ingenieurwissenschaften"

Fachbereichsleiterin Büning berichtet, dass der Bildungsgang Berufliches Gymnasium für Ingenieurwissenschaften erfolgreich am Berufskolleg Borken eingerichtet worden sei. Es seien insgesamt 30 Schüler/innen aufgenommen worden.

Punkt 5.2: Neue Kooperationsverträge des Berufskollegs Borken

Herr Brinkhaus berichtet als Leiter des Berufskollegs Borken über den mit der Westfälischen Hochschule, Abteilung Bocholt geschlossenen Kooperationsvertrag, durch den die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen verstetigt werden solle. Er weist ferner darauf hin, dass das Berufskolleg Borken am 01.12.2014 eine Kooperation mit der Verbundschule in Raesfeld unterzeichnen werde. Durch diese Kooperation solle der Übergang von der Klasse 10 mit Berufsangeboten der Berufskollegs begleitet werden.

Punkt 5.3: Integrative Kita - Aufnahmekonferenz und Interessenbekundungsverfahren

Frau Büning informiert die Anwesenden darüber, dass am 18.11.2014 die Aufnahmekonferenz für die Integrative Kita stattfinde. Es können alle verfügbaren Plätze besetzt werden. Im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens seien Termine mit den beiden interessierten Trägern vereinbart worden. In diesen Terminen solle die finanzielle Potenz der Träger beleuchtet werden. Hierüber werde in der nächsten Ausschusssitzung berichtet.

Punkt 5.4: Information der Verwaltung zum Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN - Duale Studienangebote für die EGW und WFG vom 29.10.2014

Vorsitzender Fischer äußert sich positiv über die ausgelegte Sitzungsvorlage für den KAKT, da die Vorlage die Idee der antragstellenden Fraktion aufgreife und an die zuständigen Gremien weiterleite.

Punkt 6: Anfragen

keine

Ende des öffentlichen Teils

Vorsitzender Fischer schließt die Sitzung.

gez. Hans-Georg Fischer

gez. Karsten Simmert-Reining

Anlagen

Anlage 1 – Sitzungsvorlage KAKT „Duale Studienangebote für EGW und WFG“

Anlage 2 – Powerpoint-Präsentation „Berufsorientierungsmesse Ahaus (BOM AH)“